Deutsche Bank

Neues Selbstbewusstsein

Deutschland und die Welt steuern aufgrund der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf einen gewaltigen wirtschaftlichen Einbruch zu. So gehen die Experten des Wealth Managements der Deutschen Bank davon aus, dass sich das Wirtschaftsgeschehen nur schrittweise erholen dürfte. Ihrer Ansicht nach werden die Bruttoinlandsprodukte (BIP) der entwickelten Volkswirtschaften ihre Niveaus vor der Krise auch kaum vor dem Jahr 2022 erreichen.

Auch in der Deutschen Bank schwindet die Hoffnung, dass auf den scharfen volkswirtschaftlichen Einbruch eine schnelle Erholung auf das Vorkrisenniveau folgt, obwohl viele Ökonomen immer noch recht positiv gestimmt sind. Aufsichtsratschef Paul Achleitner sagte auf der Hauptversammlung, die Corona-Krise werde nicht nur länger andauern als zunächst erwartet, sie werde auch dauerhafte Konsequenzen haben. Was verändert sich seiner Meinung nach: Der Konflikt zwischen den USA und China verschärft sich. Die globale Arbeitsteilung geht zurück. Die Bedeutung des Staates und sein Einfluss wachsen weiter. Die Digitalisierung unserer Gesellschaft beschleunigt sich. Die Meinungsbildung durch soziale Medien nimmt zu. Wir besinnen uns zunehmend auf persönliche Werte. Der Einfluss ökologischer Faktoren auf Geschäftstätigkeit und Konsumverhalten verstärkt sich.

All das trifft Deutschlands größtes Kreditinstitut in einer entscheidenden Phase. Das Institut steckt nicht nur mitten in einem enormen Umbau, der viel Geld verschlingt. Der begonnene, aber noch lange nicht abgeschlossene tiefgreifende Kulturwandel muss weiter vorangetrieben werden. Es ist sicherlich die am stärksten international beschäftigte Bank der Bundesrepublik. Und sie ist immer noch nicht profitabel genug, auch wenn die Crew um Vorstandschef Christian Sewing mit den Q1-Zahlen positiv überrascht hat. Da kommt Corona einerseits natürlich gelegen, weil Maßnahmen ergriffen und Prozesse aufgesetzt werden können, die vorher undenkbar waren. Zum anderen schmälert all das natürlich die geschäftlichen Spielräume und vor allem die Ertragsmöglichkeiten. „Im Vergleich zu meinen beiden ersten Hauptversammlungen als Vorstandsvorsitzender schienen mir in diesem Jahr die Vorzeichen andere zu sein: unser Aktienkurs hatte die Zehn-Euro-Marke überschritten, gerade war ein weiterer Langfristinvestor eingestiegen und der Preis für eine Kreditausfallversicherung auf die Deutsche Bank hatte sich stark verringert. Und wir hatten im Januar und Februar einen sehr guten Jahresstart“, so Sewing vor den Aktionären. All das gilt nun nicht mehr. Stattdessen heißt es einmal mehr Krisenbewältigung wie in den vergangenen Jahren so oft.

Doch diese Krise ist nicht hausgemacht. Das mag Kritiker und Investoren ein wenig besänftigen. Von daher verbreitet der Vorstandsboss zu Recht nüchternen Optimismus: „Genau deshalb ist Ihre Deutsche Bank – bei allen Herausforderungen – heute in einer so starken Position wie seit vielen Jahren nicht mehr. Mit mehr Vertrauen ihrer Kunden, mehr Gehör in der Politik, mit einem tiefen Verständnis für die Situation der Wirtschaft und Gesellschaft, in deren Mitte wir stehen wollen.“ In den kommenden Monaten will die Deutsche Bank nun ihre Bilanz ausweiten, während sich viele andere zurückziehen werden. Bereits im ersten Quartal dieses Jahres wurden zusätzliche Kredite von 25 Milliarden Euro ausgereicht. Das Institut kann sich das leisten: Die harte Kernkapitalquote liegt mit 12,4 Prozent deutlich über den aufsichtlichen Anforderungen, das Kreditbuch gilt als risikoarm und gut diversifiziert, die Hälfte der Darlehen wurde in Deutschland vergeben, wovon rund 60 Prozent gut besicherte private Baufinanzierungen sind. Allerdings ist die Risikovorsorge im ersten Quartal schon auf 506 Millionen Euro gestiegen. Dennoch sieht Sewing keinen Grund, bei den Ambitionen Abstriche zu machen. Die Bank stehe zu den Finanzzielen für 2022, wie sie im vergangenen Jahr bekanntgegeben wurden. Deutschland hat wieder eine selbstbewusste Deutsche Bank. Und diese braucht keine Staatshilfe. Das ist gut.

Börsen

Die Zeit drängt

Nur wenige Tage nach der diesjährigen, virtuellen Hauptversammlung der Deutschen Börse jährte sich die Vorstellung des Strategieprogramms „Roadmap 2020“ zum zweiten Mal. Es war der erste Schachzug des Vorstandschefs Theodor Weimer, der wenige Monate vorher

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

sein Amt antrat. Auf der Hauptversammlung unterstrich Weimer, dass die Versprechungen aus diesem Programm für das Jahr 2020 gehalten werden. In der Tat steht die Gruppe Deutsche Börse gut da. Das angekündigte strukturelle Wachstum wurde erreicht. Getragen wurde diese Entwicklung im Handelssegment vor allem von der EEX und vom Devisenhandel auf 360T. Der zweite Wachstumstreiber war das Clearing. In den ersten drei Monaten des laufenden Jahres wurden die Wachstumsziele sogar deutlich übererfüllt. So stieg der Umsatz im ersten Quartal um 27 Prozent, der Gewinn überproportional um 33 Prozent. Das liegt an der viel zitierten guten Skalierbarkeit des Geschäfts und natürlich an der pandemiebedingten Explosion der Volatilität an den Kapitalmärkten. Am 12. März 2020 erreichte der Handel auf Xetra den bislang höchsten Tagesumsatz in Höhe von 18,5 Milliarden Euro. Das entspricht weit mehr als dem Dreifachen des durchschnittlichen Tagesumsatzes aus dem Jahr 2019, bei fast gleichen Kosten.

Doch der Vorstandschef warnt davor, dieses Quartal einfach so fortzuschreiben. Dennoch werde der gute Jahresauftakt dem Unternehmen helfen, ordentlich durch die Krise zu kommen. Entsprechend wurden die ursprünglichen Ziele für das laufende Jahr aus der Roadmap 2020 von Weimer explizit bekräftigt: mindestens 5 Prozent strukturelles Umsatzwachstum und einen Jahresüberschuss von rund 1,2 Milliarden Euro. Da aber an der Börse der Blick immer nach vorne gerichtet ist, hat Weimer auch gleich eine Ankündigung gemacht. Auf die Roadmap 2020 wird das Strategieprogramm „Compass 2023“ folgen. Außer dem doch recht unkreativen Namen ist bislang wenig von den Inhalten bekannt. Die genaue Vorstellung hat der Vorstandschef für das vierte Quartal angekündigt. Das klingt vernünftig, wäre es doch jetzt noch arg viel Kaffeesatzleserei in Prognosen, die die Folgen der Corona-Pandemie mit einkalkulieren zu versuchen.

Doch einen kleinen Hinweis zu dem neuen Programm hat es trotzdem gegeben: Das Thema Zukäufe soll eine wichtige Rolle darin spielen. Bereits bei der Bilanzpressekonferenz hatte Weimer – der übrigens einen Tag nach der virtuellen eigenen Hauptversammlung auf der virtuellen Hauptversammlung der Deutschen Bank in deren Aufsichtsrat gewählt wurde – schon angedeutet, dass die Deutsche Börse mit ihrer „Firepower“ von zwei Milliarden Euro plus möglicher Aufnahme von zusätzlichen Fremdmitteln auf der Suche nach Übernahmezielen ist. Der Druck, in der Konsolidierungswelle der Branche eine aktivere Rolle zu übernehmen, scheint also weiter anzuwachsen. Die Schweizer Börsenbetreiberin SIX Group beispielsweise ist auf gutem Wege, die Übernahme der spanischen Börse in trockene Tücher zu bringen. Das fusionierte Unternehmen könnte der Deutschen Börse in Bezug auf Handelsvolumen bald den Rang ablaufen. Die Zeit drängt also. Aber nach wie vor ist die Zahl der potenziellen Ziele nicht sehr groß. Die Richtung des „Compass 2023“ darf mit großer Spannung erwartet werden.

Sparkassen

Ein Stückweit Normalität

Die Landesregierung in Schleswig-Holstein war eine der ersten, die beginnen wollte, die Corona-Schutzmaßnahmen zu lockern. Und der Sparkassen- und Giroverband Schleswig-Holstein war der erste, der seine Bilanzpressekonferenz zum abgelaufenen Geschäftsjahr 2019 wieder als Präsenzveranstaltung durchgeführt hat. Damit kehrt wieder ein Stückweit Normalität ein. Kontinuität gilt dagegen für die Zahlenwerke: 2019 war geprägt von anhaltendem Druck auf die Zinserträge und einem Wachstum im Kundengeschäft. So ist das Geschäftsvolumen der 11 Sparkassen in Schleswig-Holstein um 4,4 Prozent auf 42,4 Milliarden Euro gesteigert worden. Der Kreditbestand für Unternehmen und Selbstständige ist ebenfalls um 4,4 Prozent auf 20,4 Milliarden Euro gestiegen. Bei den Privatkunden ging es etwas gemächlicher zu. Hier wuchs der Kreditbestand um 1,7 Prozent auf 12,1 Milliarden Euro. Der Bestand an Immobilienkrediten erhöhte sich um 4,4 Prozent auf 18,7 Milliarden Euro. SGVSH-Verbandspräsident Reinhard Boll sprach von einem „respektablem Jahresergebnis“, weiß aber auch um die kommenden Herausforderungen.

Vor allem der weitere Ausbau des Geschäfts dürfte in einer Rezession deutlich schwieriger fallen, ist aber nach wie vor notwendig, um die Effekte der Niedrigzinspolitik und des negativen Einlagenzinses einigermaßen abzufedern zu können. Der Zinsüberschuss ist jedenfalls erneut gesunken. Er ging bei allen Sparkassen im Verband gegenüber dem Vorjahr zurück und

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

betrug 2019 nur noch 1,74 Prozent der Durchschnittlichen Bilanzsumme (DBS). Allerdings liegt Schleswig-Holstein damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt der Sparkassen, wo der Zinsüberschuss 2019 von 1,71 Prozent der DBS im Vorjahr auf 1,60 Prozent der DBS gesunken ist. Der Provisionsüberschuss stieg leicht von 0,68 Prozent auf 0,70 Prozent der DBS. Der Jahresgewinn nach Steuern kletterte erfreulich kräftig von 54,9 Millionen Euro auf 98,7 Millionen Euro. Allerdings gehen von den 43,8 Millionen Euro Gewinnerhöhung alleine 35,9 Millionen Euro auf niedrigere Ertragssteuern zurück.

Das klingt insgesamt zunächst ganz gut. Aber es gibt auch das eine oder andere Haar in der Suppe. So konnten die Schleswig-Holsteiner Sparkassen die Kernkapitalquote zwar leicht um 10 Basispunkte auf 13,97 Prozent ausbauen. Doch im bundesweiten Vergleich ist die Quote eher dünn, wenn auch ausreichend. Der Durchschnitt aller deutschen Sparkassen liegt hier bei 16,0 Prozent. Auch in Sachen Kosteneffizienz könnte es besser aussehen bei den norddeutschen Instituten. Die Cost Income Ratio liegt mit 66,5 Prozent 20 Basispunkte zwar unter dem Bundesdurchschnitt der Sparkassen, ist aber dennoch um 50 Basispunkte gestiegen. Gegenüber 2017 beträgt der Anstieg nun sogar schon 180 Basispunkte. Auch wenn der Verband explizit anmerkte, dass steigende Zahlen von Kreditausfällen aktuell noch kein Thema seien, weiß er, dass die Corona-Pandemie negative Auswirkungen auf die Bilanzen der Sparkassen haben wird. Es stehen also – nicht nur wegen der Corona-Folgen, sondern auch aufgrund des weiterhin bestehenden Digitalisierungsdrucks, des Niedrigzinsumfeldes und der Regulatorik – weiter große Anstrengungen vor den Sparkassen, Kosten zu sparen und Erträge zu generieren. Doch das ist nicht erst seit Corona ein Stückweit Normalität für Kreditinstitute.

Immobilienfinanzierung

Kein Grund zur Panik

In dem Maße, wie die EZB ihre geldpolitischen Maßnahmen ausgeweitet und die Zinsen gesenkt hat, haben die deutschen Banken und Sparkassen ihre Anstrengungen zur Vergabe neuer Wohnungsbaukredite erhöht. So ist der Bestand an Immobilienfinanzierungen laut Deutscher Bundesbank seit 2010 kontinuierlich ausgeweitet worden und lag per Ende 2019 bei rund 1 470 Milliarden Euro. Das entspricht knapp 52 Prozent des insgesamt ausgereichten Kreditvolumens und einem Anstieg gegenüber 2010 um mehr als 33 Prozent. Tendenz steigend, denn betrug die Wachstumsrate zu Beginn des Jahres 2010 noch 0 Prozent, erhöhte sich diese stetig auf inzwischen mehr als 5 Prozent. Es ist der Versuch, der Erosion der Zinsergebnisse über die Volumenausweitung entgegenzutreten, der eine Zeitlang noch gut funktionierte, spätestens seit 2019 aber hakt. Zu groß ist mittlerweile die Diskrepanz bei den Margen zwischen neu abgeschlossenen Kreditverträgen und auslaufendem Altgeschäft. Entsprechend sinken die Zinsüberschüsse bei allen Bankengruppen mittlerweile spürbar.

Die zweite Gefahr: Die große Abhängigkeit von der Immobilienfinanzierung macht die Kreditgeber natürlich verwundbar gegenüber einem unerwarteten Konjunktureinbruch oder einem abrupten Zinsanstieg. Letzteres kann man angesichts des derzeitigen wirtschaftlichen Umfelds getrost für längeren Zeitraum ausschließen. Aber die „schwerste Rezession" der Nachkriegszeit wird auch an den deutschen Haushalten und Unternehmen nicht spurlos vorüberziehen. Und damit auch in Form steigender Kreditausfälle zu einer Belastung für die ohnehin schon gebeutelten Banken werden. Das betrifft zwar sicherlich in allererster Linie und zum größten Teil die unbesicherten gewerblichen Investitionsfinanzierungen oder die Konsumentenkredite. Die besicherten Hypothekenfinanzierungen stehen da deutlich besser dar. Aber ein länger anhaltender Preisverfall dürfte sich zum einen ebenfalls in steigenden NPL bemerkbar machen, zum anderen natürlich das Neugeschäft bremsen, was wiederum über sinkende Zinseinnahmen den Druck auf die Gewinn- und Verlustrechnungen der Banken und Sparkassen weiter erhöhen wird.

Was bringt nun Corona? Nichts Gutes, so viel ist klar. Aber wird die Wohnungsbaufinanzierungen zur Gefahr für die Stabilität des deutschen Finanzsystems? Laut dem Finanzstabilitätsbericht der Deutschen Bundesbank vom Ende vergangenen Jahres lag der durchschnittliche Beleihungsauslauf bei 84 Prozent, was einem leichten Anstieg gegenüber 2016 von 2 Basispunkten entspricht. Das heißt, die Preise müssten um fast 20 Prozent im Schnitt einbrechen. Zudem ist die Entwicklung der Beleihungsausläufe heterogen: im Neukreditgeschäft erhöh-

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

ten sie sich nur bei etwa 60 Prozent der befragten Institute, bei 40 Prozent verringerten sie sich dagegen. Die Anfangstilgung hat sich zwischen 2017 und 2018 von durchschnittlich 3,4 Prozent auf 3,2 Prozent leicht verringert, liegt damit aber immer noch auf einem eher hohen Niveau. Und auch die Schuldentragfähigkeit des privaten Sektors ist laut Finanzstabilitätsbericht mit einem Anteil der Verschuldung relativ zum BIP von gut 54 Prozent im historischen Vergleich niedrig und liegt unter der aggregierte Verschuldung der privaten Haushalte im Euroraum von knapp 58 Prozent.

Die Basisdaten sind also nicht all zu besorgniserregend. Und auch wenn nahezu alle Experten derzeit kräftige Preisrückgänge am Immobilienmarkt feststellen, so bleiben die langfristigen Immobilientrends intakt. Zudem ist es nicht verkehrt, wenn sich die doch teils ordentlichen Preisübertreibungen ein wenig relativieren. Schließlich bietet das auch wieder Raum für interessante Investitionen. Die Probleme des deutschen Bankensektors werden in den kommenden Monaten sicherlich nicht kleiner werden. Immobilienfinanzierungen spielen dabei aber eine untergeordnete Rolle.

Kommunale Infrastruktur

Dunkle Gewitterwolken

Um die kommunale Infrastruktur ist es bekanntermaßen nicht gut bestellt. Der Investitionsstau wächst und wächst und liegt aktuell bei fast 140 Milliarden Euro. Das birgt große Gefahren für Wachstum und Wohlstand. Entsprechend schlagen Ökonomen seit geraumer Zeit Alarm und fordern umfassende Investitionsprogramme. Das IW Köln beispielsweise hält zusätzlich Ausgaben von rund 450 Milliarden Euro in den kommenden zehn Jahren für nötig, damit die kommunale Infrastruktur nicht weiter verfällt. Die Rechnung: Rund 138 Milliarden Euro müssen in Schulen und Straßen fließen, weitere 20 Milliarden Euro in den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Zudem brauche es 75 Milliarden Euro für den Ausbau alternativer Energien, Stromnetze und Verkehrswege. Die nötigen Investitionsmittel für den Breitbandausbau belaufen sich auf 20 Milliarden Euro. Für den Bereich Bildung und Forschung werden noch einmal rund 110 Milliarden Euro veranschlagt.

Das Problem: Viele Kommunen sind arm. Zu arm teilweise, um die verschiedenen Fördergelder zu beantragen, mit denen der Bund sie unterstützen möchte. Denn diese erfordern immer auch einen gewissen Eigenanteil. Und nun kommt auch noch Corona! Laut Bundesfinanzminister Olaf Scholz werden die Steuereinnahmen im laufenden Jahr wegen der voraussichtlich schwersten Rezession der Nachkriegszeit um insgesamt 98,6 Milliarden Euro geringer ausfallen als noch im Herbst 2019 erwartet. Auf den Bund entfallen davon 44 Milliarden Euro, auf die Länder 35 Milliarden Euro und die Kommunen 15,6 Milliarden Euro. Entsprechend düster fällt der Ausblick der kommunalen Vertreter aus. Laut KfW-Kommunalpanel 2020 rechnen die meisten Kommunen statt mit Haushaltsüberschüssen und sinkender Verschuldung, wie in den vergangenen Jahren, nun mit einbrechenden Einnahmen, wachsenden Ausgaben und einer wieder ansteigenden Verschuldung. 90 Prozent der befragten Kämmereien blicken pessimistisch auf das laufende Jahr, auch für 2021 erwarten acht von zehn Kommunen eine Verschlechterung der Haushaltslage. Auf der Einnahmenseite erwarten 42 Prozent der Kommunen einen starken Rückgang, weitere 53 Prozent gehen von tendenziell sinkenden Einnahmen aus. Hauptursache sind zurückgehende Steuereinnahmen, die von 63 Prozent der kommunalen Haushälter prognostiziert werden. Die aktuelle Krise wird nach Einschätzung der Kämmereien auch über das laufende Jahr hinaus spürbare Effekte nach sich ziehen.

Auf die Lage reagiert laut KfW-Befragung rund ein Viertel der Kommunen mit kurzfristigen Haushaltssperren, ein Drittel bereitet Nachtragshaushalte vor, um die finanziellen Folgen der Corona-Krise abzufangen. Im Ergebnis geht jede dritte Kommune von sinkenden oder stark sinkenden Investitionsausgaben im laufenden Jahr aus. Diese Einschätzung ändert sich auch nicht in der mittelfristigen Perspektive ab 2021. „Die Investitionsbedarfe der Kommunen waren schon vor der Corona-Krise hoch“, so KfW-Chefvolkswirtin Köhler-Geib. „Wenn jetzt die Haushaltsspielräume schrumpfen und deshalb Investitionen eingespart werden, ist das eine katastrophale Aussicht. Deutschland braucht öffentliche Investitionen in eine moderne Infrastruktur, um die Folgen der Krise zu bewältigen und als Voraussetzung für den Erhalt unseres Wohlstands in Deutschland.“ Jetzt gilt das sicher mehr denn je. Allein es fehlt der Glaube. Aber wie heißt es: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH